



Seebrücke Bochum: Bei einer zwölfstündigen Mahnwache wiesen Aktivist:innen auf die katastrophalen Zustände an den Außengrenzen Europas hin.

Bild: stem

PROTEST

Der unruhige Moment

An vielen Orten herrscht derzeit Unzufriedenheit mit der Politik von Staaten und EU. Ob gegen Corona-Maßnahmen oder Pushbacks an den Grenzen, auf den Straßen ist gerade mehr los, als man denkt.

Europa ist unruhig. Während in den Niederlanden Ausschreitungen aufgrund der neu verhängten Corona-Ausgangssperren geschehen, protestieren Studierende in Frankreich und Griechenland unter anderem für mehr Präsenzunterricht und Gleichbehand-

lung. Was hat es damit auf sich? Und was passiert eigentlich in Deutschland? Hier hat das Seebücken-Bündnis jüngst Mahnwachen gegen die illegalen Pushbacks und die fehlende Solidarität an den EU-Außengrenzen gehalten. Konkret geht es dabei aktuell zwar um die Situation an der kroatisch-bosnischen Grenze, wo im vergangenen Dezember das Camp Lipa, in dem rund 1.000 Geflüchtete untergekommen sind, niederbrannte. Doch die humanitäre Krise betrifft nicht nur Lipa, nicht nur Moria. An vielen weiteren, häufig unerwähnten Orten ereignen sich Notsituationen. Wir haben uns diese Brennpunkte angesehen und erklären, weshalb es in Europa derzeit nicht still ist, obwohl wir uns eigentlich zurückziehen.

:Die Redaktion

➔ MEHR IN DIESER AUSGABE

RÜCKBLICK

Ein Jahr Corona in Europa

Am 31. Dezember 2019 wurde aus China der Weltgesundheitsorganisation WHO eine neuartige Lungenkrankheit gemeldet. Hier eine kleine Chronik zu einem Jahr mit Corona!

27. Januar 2020 Erster Infektionsfall in Deutschland beim Autozulieferer Webasto in Bayern.

26. Februar 2020 Erster bestätigter Fall in Nordrhein-Westfalen im Kreis Heinsberg.

9. März 2020 Erster Todesfall durch die Covid-19 Infektion in Deutschland im Kreis Heinsberg.

11. März 2020 Covid-19 wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur weltweiten Pandemie erklärt. Angela Merkel kündigt finanzielle Unterstützungen an.

22. März 2020 Erster Lockdown tritt in Kraft: Kontaktverbot wird zusätzlich eingeführt. Nur noch Supermärkte, Drogerien und Apotheken bleiben offen.

22. April 2020 Maskenpflicht wird eingeführt. Nachdem Bayern und

Sachsen schon zwei Tage zuvor die Maskenpflicht einführen, ziehen die anderen Bundesländer nach. Bei Einkäufen und dem Öffentlichen Nahverkehr war sie nun verpflichtend.

Mai 2020 Friseursalons und Restaurants öffnen wieder nach acht Wochen Zwangspause.

8. August 2020 Testpflicht für Reiserückkehrer:innen aus Risikogebieten.

28. Oktober 2020 Lockdown Light wird beschlossen.

9. November 2020 Biontech-Impfstoff mit 90 Prozent Wirksamkeit.

16. November 2020 Moderna Impfstoff zeigte eine Wirksamkeit von 94,5 Prozent.

2. Dezember 2020 Teillockdown wird bis zum 10. Januar 2021 verlängert.

12. Dezember 2020 Bund und Länder beschließen einen harten Lockdown ab dem 16. Dezember.

15. Dezember 2020 Biontech-Impfstoff wird zugelassen.

27. Dezember 2020 Impfstoffstart in Deutschland.

05. Januar 2021 Lockdown wird bis Ende Januar verlängert.

19. Januar 2021 Erneute Verlängerung des Lockdowns bis zum 14. Februar.

25. Januar 2021 Medizinische Masken werden Pflicht im Supermarkt und im Nahverkehr.

:Abena Appiah

:bszank – Die Glosse

Liebe Studierende, leider war es uns in der völlig ungewissen Lage vergangenen März überhaupt nicht möglich, abzusehen, dass die Situation um das Coronavirus sich entwickeln und uns eventuell bis auf weiteres begleiten würde. Es war bis vor wenigen Tagen auch völlig unklar, dass das aktuelle Wintersemester online ist und dass wir als Uni uns hätten Gedanken machen müssen, wie wir die Klausurphase gestalten. Es ist auch für uns erst das zweite Semester in der Pandemie! Um die Verantwortung auch gleichmäßig aufzuteilen, überlassen wir die Entscheidung über Klausuren den Fakultäten. Ich bitte alle Studierenden der RUB das nicht als Piesacken zu verstehen, sondern als fürsorgliche Beschäftigungstherapie, damit Sie während des Home Office, der Home Universität, Lagerkollers, der sozialen Vereinsamung ein bisschen was zu tun haben und in Ruhe schauen können, welche Ihrer Klausuren wie stattfinden oder ob überhaupt. :Kenelia Montag

➔ BESUCHE UNS IM NETZ

Alle Artikel und mehr im Internet unter:
Website | bszonline.de
Facebook | :bsz
Twitter | @bszbochum
Instagram | @bszbochum

INTERVIEW

Neue Gesichter bei RUB bekennt Farbe

Milica und Joshua haben sich uns vorgestellt und schon mal gespoilert, was noch an Veranstaltungen auf uns zu kommt.

Das vom AstA und vom Rektorat getragene Projekt RUB bekennt Farbe (RbF) organisiert Vorträge, Workshops und Filmvorführungen zu Themen wie Diskriminierung und Diversität.

bsz: Hallo ihr zwei, könnt ihr euch kurz vorstellen?

Milica: Hi, ich bin Milica. Ich bin 28 Jahre alt, komme aus Serbien und studiere SoWi im Master mit dem Schwerpunkt Kultur und Person.

Joshua: Hallo, mein Name ist Joshua. Ich bin 22 Jahre alt, studiere Geschichte und Medienwissenschaft im BA und ich komme aus Bottrop.

Ihr seid ja die beiden Neuen bei RbF. Könnt ihr uns kurz erzählen, wie ihr da gelandet seid?

M: Seit ich nach Deutschland gekommen bin, habe ich großes Interesse an den Themen Migration und Integration. Über verschiedene Weiterbildungsmöglichkeiten habe ich mich mehr mit diesen Themen beschäftigt. Da diese Phänomene mit weiteren Problemen sowohl auf der Individual-, als auch auf der Kollektivebene verbunden sind, war mir wichtig, dass man auch an unserer Universität die Themen Rassis-

mus und Diskriminierung anspricht und bekämpft und dass man Vielfalt und Diversität sichtbar macht. Ich bin nämlich der Meinung, dass Unterschiede zur Bereicherung führen!

J: Ich verfolgte RUB bekennt Farbe schon seit Beginn meines Studiums aufmerksam. Über Instagram und einen guten Freund bin ich dann Ende des letzten Jahres auf die frei gewordene Stelle bei RbF aufmerksam geworden. Ich finde das Projekt wichtig und freue mich, jetzt selbst ein Teil davon zu sein.

Und was macht ihr da so?

M: Da wir zurzeit wegen der Pandemie vor allem auf digitale Kanäle angewiesen sind, organisieren wir Veranstaltungen und Workshops in digitaler Form. Außerdem betreuen wir unsere Social Media Plattformen, über die wir von unserer Arbeit berichten und in Austausch mit anderen Studierenden kommen.

J: Unsere erste Veranstaltung – ein Workshop zu antimuslimischem Rassismus – war ein super Start! Es gab sehr viele Anmeldungen, viel positives Feedback und wertvolle Verbesserungsvorschläge.

Die Veranstaltung soll übrigens aufgrund des großen Interesses Ende Februar oder Anfang März in Form eines Vortrags wiederholt werden. Daneben arbeiten wir gerade in Kooperation mit dem HoPoBi (Anm. d. Red.: Referat für Hochschul-, Bildungs- und Sozialpolitik und Politische Bildung) fleißig an der Organisation von Veranstaltungen im kommenden Semester. Unter anderem soll es um Hass und



Bild: Luis Osorio



Bild: Foto Lebewissen



Hetze im Netz, antisemitischen Rassismus und die Kippol-Studie gehen. Wir freuen uns aber natürlich auch über konkrete Referent:innen- und Themenvorschläge der anderen Studis!

Wenn ihr nicht gerade „Farbe bekennt“, was macht ihr sonst so?

J: In meiner Freizeit trainiere und koche ich gerne. Ich lese und gelegentlich spiele ich auch Computerspiele – aktuell vor allem die Shadowrun Trilogie. Vor Corona habe ich auch immer wieder privat auf Demos „Farbe“ bekannt – zum Beispiel bei Fridays for Future und Demos gegen die AfD.

M: Ich bin noch ehrenamtlich in der Integrations- und Migrationsarbeit bei dem Verein IFAK e.V. in Bochum aktiv. Außerdem organisiere ich Veranstaltungen zu verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Themen für internationale Studierende in NRW bei der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ich habe auch riesengroßes

Interesse an den Themen aus der Männer- und Männlichkeitsforschung und an der Sichtbarkeit von Frauen, vor allem Migrantinnen, in der Gesellschaft. Meine Freizeit ist ansonsten für Tanzen und Ausprobieren von Rezepten aus verschiedenen Ländern reserviert. Nicht vergessen, dass Kochen uns auch verbinden und Vorurteile abbauen kann.

Das Gespräch führte :Leon Wystrychowski

FRANKREICH

Studierende für Präsenzlehre

Studierende in Frankreich gehen gegen die Lehrbedingungen unter Corona auf die Straße. Sie fordern eine Gleichbehandlung von Schulen und Hochschulen. Präsident Macron kündigt Hilfe an.

Ende Januar protestierten zahlreiche Studierende in Frankreich, unter anderem in Städten wie Straßburg oder Paris, gegen die durch die Corona-Pandemie bedingten Einschränkungen an Universitäten und Hochschulen. Zu den Forderungen gehören unter anderem die Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts, da sich viele Studierende ungerecht behandelt fühlen. Anders als an Schulen gibt es zurzeit an den Universitäten größtenteils keine Präsenzlehre. Zudem wird auch über psychische und finanzielle Probleme geklagt, da durch die Pandemie viele Studierendenjobs wegfallen und das Geld knapp wird. Außerdem komme es durch die Online-Lehre zu Vereinigung der Studierenden.

Den Protesten war die Ankündigung des Premierministers Jean Castex vorausgegangen, den Präsenzunterricht für Studien-

anfänger:innen Ende Januar mit Einschränkungen wieder aufzunehmen, etwa in Tutorien. Sollte die Corona-Lage dies zulassen, sei eine Erweiterung dieser Maßnahme in Aussicht gestellt worden.

Im Anschluss an die Proteste besuchte Präsident Emmanuel Macron die Universität Paris-Saclay. Dabei sagte er den Studierenden in Frankreich die Möglichkeit zu, zumindest an einem Tag in der Woche zum Präsenzunterricht an der Universität zurückkehren zu können, sofern sie dies wünschten. Gleichzeitig versprach er leichteren Zugang zu psychologischer Unterstützung für Studierende. Es soll staatliche Zuschüsse für den Gang zum/zur Therapeut:in geben, wenn Studierende psychisch besonders unter der Corona-Situation leiden. Außerdem sollen sie Zugang zu zwei Mahlzeiten pro Tag zum Preis von jeweils einem Euro in den Mensen der Universitäten erhalten.

Dennoch sprach er sich gegen die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr zur Normalität im Hochschulleben aus. „Ich kann ihnen nicht mit Sicherheit sagen, wie sich die Epidemie in fünfzehn Tagen entwickeln wird“, sagte Macron. „Wir werden ein zweites Semester mit dem Virus und vielen Einschränkungen haben.“

Mit dieser Situation würden Studierende bis zum Sommer leben müssen.

:Philipp Kubu

ÉCOLE
ÉGALITÉ
UNIVERSITÉ

Jusur-Winteraushgabe

Islamwissenschaft. Die dritte Ausgabe der Zeitschrift Jusur - Zeitschrift für Orientalistik, Islamwissenschaft und Arabistik ist letzte Woche erschienen. Das Magazin ist ein Projekt der Fachschaft Orientalistik und Islamwissenschaft der Ruhruniversität Bochum und erscheint seit dem Wintersemester 2019/2020 semesterweise. Jusur versteht sich als niedrigschwelliges Angebot, das Studierenden und angehenden Islamwissenschaftler:innen eine Bühne bietet, auf der sie ihre Arbeiten veröffentlichen können. Team und Redaktion setzen sich aus zumeist in der Fachschaft aktiven Studis zusammen. Die Autor:innen der ersten drei Ausgaben kommen aber nicht nur von der RUB, sondern unter anderem auch aus Leipzig und Berlin. Neben Studierenden haben zudem bereits Doktor:innen und Professor:innen Aufsätze beigetragen. Die Winteraushgabe 2020, die coronabedingt etwas verspätet erschienen ist, widmet sich unter anderem Darstellungen von Sexualität und Alkoholkonsum in der islamischen Lyrik, dem Phänomen des sogenannten Internet-Arabisch, bei dem statt arabischen Buchstaben Zahlen und lateinische Schriftzeichen benutzt werden, und dem seit 2014 herrschenden Jemen-Krieg. Speziell an Studierende richtet sich ein Bericht zweier Studentinnen über ihre Sprachreise nach Marokko. Ein weiterer Reisebericht geht auf die islamische Vergangenheit Siziliens ein. Alle Ausgaben findet Ihr hier: ruhr-uni-bochum.de/orient/fachschaft/jusur.

:lewy

Zur Person: Leon Wystrychowski ist Redakteur und Autor bei Jusur.



Laptop-Hilfe für Schüler:innen und Studis

Homeoffice. Die Zeugnisse sind geschrieben und das Schuljahr findet immer noch im Homeoffice statt. Doch nicht alle Schüler:innen haben die Infrastruktur zu Hause, die ein umfangreiches Lernen und Mitarbeiten möglich macht. Das Repair Café des AS-tAs hat sich mit der Initiative Digitalfabrik Bochum zusammengetan und gespendete Computer, Laptops und Monitore aufgefrischt und repariert. Die Initiative Digitalfabrik engagiert sich ehrenamtlich für Bildungsprojekte und bereitet die Pakete für die Schüler:innen vor. Jedes Paket beinhaltet einen Computer mit Monitor, einer Tastatur und einer Maus. Das Team bestehend aus Ruzbeh Nagafi und Carolin Stockhausen bringt den Schüler:innen die Pakete nach Hause und startet gemeinsam alle notwendigen Programme. Aber nicht nur Schüler:innen wird bei der Infrastruktur geholfen. Studierende, die keinen Laptop oder Probleme mit ihrer Hardware haben, können ihre Computer beim Repair Café vorbeibringen oder beim AS-tA einen Laptop ausleihen. Wollt Ihr Eure alten Geräte spenden und dem Projekt helfen? Dann schreibt eine Mail an: repaircafe@asta-bochum.de Falls Ihr einen Laptop braucht, dann schaut auf: asta-bochum.de/leih-notebook :bena

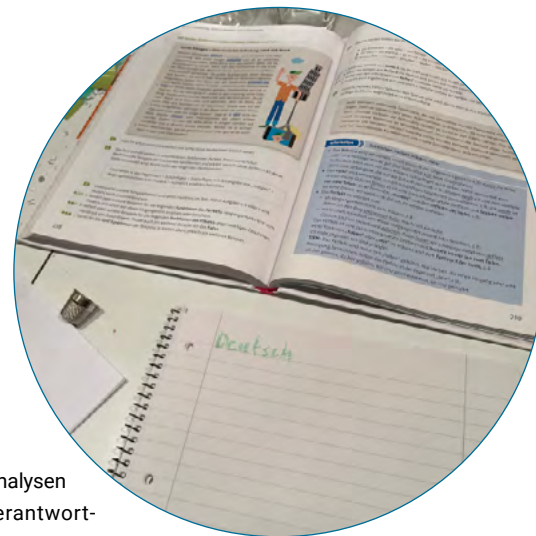
SCHULE

Bildungschancen steigern

Gleich, gleicher, ungleich! Unser Schulsystem gibt nicht jede:m dieselbe Chance. Professor:innen der Ruhr-Uni forschen in einem neuen Projekt dran.

125 Millionen Euro, die Summe wurde von Bund und Ländern für die Schulinitiative „Schule macht Stark“ (SchuMaS) zur Verfügung gestellt. Hierbei handelt es sich um ein Projekt, das die Möglichkeiten von Kindern an Schulen in sozial benachteiligter Lage verbessern soll. Rund 200 Schulen der Sekundarstufe I und II arbeiten gemeinsam mit Bildungswissenschaftler:innen aus Deutschland zusammen. Sie schauen forschungsbasiert nach Maßnahmen, die sie nach der Praxistestung anderen Schulen mit ähnlichen Herausforderungen zur Verfügung stellen. Für die Ruhr-Universität sind Prof. Jörg-Peter Schräpler von der Fakultät für Sozialwissenschaft und dem Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (Zefir) und Prof. Gabriele Bellenberg, Leiterin der Arbeitsgruppe Schulforschung an der Fakultät für Philosophie und Erziehungswissenschaft an dem Projekt beteiligt. Gemeinsam arbeiten sie an der Thematik: „Lernen außerhalb des Unterrichts und die Unterstützung im sozialen Umfeld fördern“.

Im Forschungsverbund sind 13 Universitäten und Einrichtungen beteiligt und werden in den nächsten fünf Jahren gefördert. Dennoch ist dieses Projekt auf zehn Jahre angelegt. Gegenüber der Universität sagte Jörg-Peter Schräpler, der für die Typisierung von Schulen sowie verschiedene



Analysen verantwortlich ist: „Die sozialräumliche Segregation und Bildungsungleichheit hängen eng miteinander zusammen.“ „Differenzierte kleinräumige Analysen sind der Schlüssel für Förderansätze, in denen Ungleiches ungleich behandelt wird.“ Die Analysen von denen er spricht, behandeln die notwendigen Sozialraumanalysen sowie die quantitativen statistischen Analysen der Einzugsgebiete der Schulen, die geografische Verortung wie auch die Analyse der Schüler:innenströme. Auch seine Forschungspartnerin, Gabriele Bellenberg, teilte ihre Meinung gegenüber der Universität mit: „Die Ausrichtung von SchuMaS ist innovativ. Um bestmögliche Lern- und Bildungschancen für alle Lernenden – unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozialem Status – sicherzustellen, müssen Schulen ihre Quartiersorientierung stärken. Das Vorhaben des Verbundes bietet eine einmalige Gelegenheit, innovative Transferprozesse zu entwickeln, um Schulen in schwieriger Lage zu unterstützen.“ :Abena Appiah

STUDIE

Videoformate erleichtern das Lernen

Eine aktuelle Studie zeigt, welche Lernformate die Studierenden am besten durch die digitale Lehre bringt.

Die Pandemie hat Lehrende dazu gezwungen, in kürzester Zeit Wege zu finden, ihre Lehre umzugestalten und die bestmögliche Lehrmethode für Studierende zu finden. Nun gibt eine Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) Hinweise darauf, welche Methode der digitalen Lehre am besten funktioniert.

Demnach zeigen sich Studierende am zufriedensten mit einer Kombination aus verschiedenen Videoformaten, bei denen sowohl Videokonferenzen als auch abrufbare Videoaufzeichnungen angeboten werden. Hochgeladene Videos würden vor allem die individuelle Lernsituation vereinfachen. So schreiben die Autor:innen der Studie: „Der Vorteil dürfte darin liegen, dass Videos mehrfach, im passenden Tempo und zum gewünschten Zeitpunkt angeschaut werden können. Demgegenüber erleichtern Videokonferenzen wiederum den Kontakt mit anderen Studierenden und mit Lehrenden, weil sie die direkte Interaktion erlauben.“ Rund 86 Prozent der Befragten gab nämlich an, dass der fehlende Kontakt zu anderen Studierenden ihre Studiensituation verschlechterte. 62 Prozent sagten aus, dass sie Probleme haben, den Lernstoff zu bewältigen und ihre Tagesstrukturierung leidet, 58 Prozent können Veranstaltungen schlechter folgen, 57 Prozent können Prüfungsanforderungen

nicht mehr so gut meistern und 52 Prozent haben Probleme damit, Lernstrategien zu entwickeln. Die geringsten Schwierigkeiten zeigen sich dabei bei Studierenden, die vom Einsatz von Videoformaten profitieren.

Während eine Minderheit der Studierenden angab, dass sich ihre Lernsituation verbessert habe – 24 Prozent berichteten von einer besseren Tagesstrukturierung und 12 Prozent gaben an, den Lernstoff besser zu bewältigen – bietet die Studie jedoch auch weiteren Anhalt dafür, dass nicht alle Studierenden gleichermaßen an Lehrveranstaltungen teilnehmen können. Rund 44 Prozent gaben an, dass sie aufgrund ihrer Wohnsituation, Internetsituation oder Rechner etwas seltener an Lehrveranstaltungen teilgenommen haben.

Die Daten der Studie wurden im Sommersemester vom 15. Juni bis 10. August 2020 erhoben. Insgesamt nahmen knapp 28.600 Studierende an der Befragung teil.

:Stefan Moll



Lehren und Lernen remote: Videoaufzeichnungen und -konferenzen zeigen die besten Ergebnisse.

Bild: stern

Willkommen, SoSe 21!



Rückmeldefrist. Das Sommersemester steht in den Startlöchern und damit einhergehend auch die Rückmeldefrist und der Sozialbeitrag. Der Semesterbeitrag liegt für das SoSe 21 bei 336,50 Euro. Dabei entfallen 209,38 Euro auf das NRW-Ticket, 110 Euro für das

Akademische Förderungswerk (Akafö) und 17,12 Euro an den Allgemeinen Studierendenausschuss (AS-tA), der davon 1,50 je Studierendem für die Nutzung von nextbike und neuerdings 15 Cent für die Stadtbüchereiflat zahlte. Damit können Studierende der RUB in Zukunft alle Angebote der Bochumer Stadtbücherei in ihren sieben Zweigstellen nutzen, ohne den regulären Mitgliedsbeitrag zu zahlen. Dies beinhaltet Ausleihen von Büchern, Mangas, Comics, Videospielen sowie die Benutzung beispielsweise von VR-Angeboten. Das Schauspielhaus setzt die Gebühren in Höhe von 1 Euro für die Theaterflatrate einmalig aus, da es geschlossen war. Im Vergleich zum jetzt endenden Wintersemester ist das Ticket um 2,41 Euro teurer geworden. Viele Studierende reagieren darauf mit Unverständnis, da sie das Ticket aktuell nicht brauchen oder nutzen können.

Das Semester geht offiziell vom 1. April bis zum 30. September, die Vorlesungszeit beginnt am 12. April und endet am 23. Juli. Rückmelden für das Sommersemester 2021 könnt Ihr euch noch bis zum 26. Februar. Die Frist für eine Beurlaubung ist mit der der Rückmeldung identisch.

:ken

FLUCHT

Seebrücke fordert Regierungen zum Handeln auf

Das Bündnis Seebrücke machte mit einer Mahnwache auf die illegalen Pushbacks an der kroatisch-bosnischen Grenze aufmerksam und fordert die Aufnahme von Geflüchteten. Auch Bochum soll mehr leisten.

Am vergangenen Samstag, dem 30. Januar fanden in vielen Städten Deutschlands Mahnwachen des Seebrücken-Bündnisses statt. Auch in Bochum machten die Aktivist:innen in einer zwölfstündigen Aktion auf die derzeitigen Zustände an den Außengrenzen der EU aufmerksam. Derzeit weist das Bündnis verstärkt auf die Zustände an der kroatischen Grenze zu Bosnien-Herzegowina hin. Dort befinden sich auf der bosnischen Seite rund 10.000 Schutzsuchende, die von der kroatischen Grenzpolizei teils mit Gewalt zurückgedrängt werden. Erst im Dezember brannte zudem das im Nordwesten Bosniens befindliche Camp Lipa, in dem rund 1.000 Menschen leben, nieder.



Das Seebrücken-Bündnis fordert daher einen Stopp der sogenannten Pushbacks und stellt die Forderung an EU und die deutsche Bundesregierung, die Flüchtenden aufzunehmen. „Die katastrophale Notlage für die Schutzsuchenden in Bosnien-Herzegowina ist die Folge der europäischen Abschottungspolitik. Deutschland und die EU tragen unmittelbare Verantwortung für die systematische Verletzung der Rechte von Menschen auf der Flucht an den europäischen Außengrenzen.“

Auch an die Kommunen richtet sich der Aufruf von Seebrücke. Bereits 2018 und 2019 stimmte der Rat der Stadt Bochum dem Bestreben zu, zusätzliche aus der Seenot gerettete Geflüchtete aufzunehmen. Im April 2020 erklärte sich Oberbürgermeister Thomas Eiskirch (SPD) erneut für die Aufnahme bereit – dazu müssten Bund und das Land NRW jedoch die Zuweisungen an die Kommunen unternehmen. „Wir fordern erneut OB Thomas Eiskirch und die Landesregierung auf, beim Bundesinnenministerium Druck für die zusätzliche Aufnahme geflüchteter Menschen auszuüben“, heißt es von der Seebrücke. Sie kritisieren, dass die Aufnahmezahlen in Bochum zurückgingen und Mietverträge zur Unterbringung von Geflüchteten gekündigt wurden.

Auch Mersiha Pečenković, die für Seebrücke Bochum aktiv ist, schließt sich dem an: „Wir haben leider das Gefühl, dass da zu we-

nig oder kaum etwas passiert ist.“ Sie ist Krankenpflegerin und hat Wurzeln als auch Familie und Freund:innen in Bosnien. „Ich stehe selbst auch mit den lokalen Helfern da unten in Kontakt. Und manchmal bin ich so schockiert, was hier ankommt in der Presse. Dann wird Schuld geschoben an die Bosnier:innen, die dort leben, sie nähmen die Flüchtlinge nicht auf“ erklärt sie. „Seit Jahren unterstützen die Locals da die Menschen. Die ziehen die an und geben ihnen Essen auf der Straße.“ Die selbe Hilfsbereitschaft wünscht sie sich von der EU und Deutschland.

:Stefan Moll



Keine Gemeinschaft: Europa, wir müssen reden!

Bild: bena

KOMMUNALPOLITIK

Verwaltungsgericht Gelsenkirchen rügt Ratsfraktionen

Aufgrund von Absprachen, die gegen das Demokratieprinzip des Grundgesetzes verstoßen, müssen Ausschüsse im Rat der Stadt Bochum neu besetzt werden.

Mit einer Rüge weist das Oberverwaltungsgericht Gelsenkirchen die Fraktionen der CDU, der Grünen, der FDP und der UWG: Freie Bürger im Bochumer Stadtrat zurück. So seien Absprachen, die verhindern sollten, dass die Fraktion bestehend aus „Die Partei“ und „Stadtgestalter“ einen Ausschusssitz erlangt, nicht rechtmäßig. „Dies widerspricht dem Demokratieprinzip des Grundgesetzes“, erklärte das Gericht seine Entscheidung. Damit einhergehend verfügte es, dass die Ausschüsse aufzulösen und neu zu besetzen sind. Diese müssten spiegelbildlich zum Kräfteverhältnis der Fraktionen im Rat gebildet werden, so das Urteil.

Zur Klage kam es, nachdem Grüne und CDU ihre Stimmen an die Fraktionen FDP und UWG abgaben, die dadurch jeweils einen Sitz anstelle der größeren Fraktion Partei/Stadtgestalter erhielten. So haben zwei Ratsmitglieder der Grünen ihre Stimmen an die Wahlliste der FDP und zwei Ratsmitglieder der CDU ihre Stimmen auf die Wahlliste von UWG verteilt. Sie sahen die Fraktionsbildung aus Partei und Stadtgestaltern als einen



Rat der Stadt Bochum: Nach einem Rechtsstreit müssen Ausschüsse und Gremien nun neu besetzt werden. Bild: stern

parlamentarischen Trick an, um sich Ausschusssitze zu erheischen. Im Dezember musste die Besetzung der Ausschüsse nach den Kommunalwahlen im September bereits einmal wiederholt werden. Damals bildeten Partei und Stadtgestalter überraschend eine Fraktion und erhielten so durch ihre kombinierte Sitzmacht Anspruch auf Ausschusssitze, die sie alleine nicht gehabt hätten. Doch die Absprache wurde vom OVG Gelsenkirchen abgewiesen. „Das Wahlergebnis gibt nicht mehr die Zusammensetzung des Plenums und das darin wirksame politische Meinungs- und Kräftespektrum wieder“, erläuterte das Gericht. Stattdessen beruhe das Kräfteverhältnis in den Ausschüssen auf einem „kollusiven Zusammenwirken einzelner Fraktionen“. Eine Neubesetzung der Ausschüsse wird voraussichtlich in der kommenden Ratssitzung am 4. Februar geschehen, falls die Fraktionen den Rechtsstreit nicht weiterführen, was derzeit nicht wahrscheinlich scheint.

:Stefan Moll

Brennpunkte der Fluchtbewegung

Auch wenn das Geflüchtetenlager Moria auf der griechischen Insel Lesbos den derzeit wohl bekanntesten Hotspot der europäischen sogenannten Flüchtlingskrise seit 2015 darstellt, ist es bei weitem nicht der einzige Ort, an dem diese Krise besonders präsent ist. Die Balkanroute, und die dortige EU-Außengrenze, ist ein weiterer Brennpunkt. Mehrere Lager wurden dort in der Vergangenheit, meist kurzfristig, errichtet. Die ungarisch-serbische und die kroatisch-bosnische Grenze waren dabei immer wieder Schauplatz für Misshandlungen und menschenunwürdige Unterbringung von Asylsuchenden. In der Türkei befinden sich mehrere Millionen Geflüchtete, vor allem aus Syrien. Die Corona-Pandemie und der türkische Angriffskrieg in Nordsyrien haben die Situation noch verschärft. Auch im Norden Syriens entstanden in den letzten Jahren Zeltstädte. Neben der Balkanroute ist jedoch auch Nordafrika ein Hotspot für Geflüchtete. So sammeln sich in Libyen Menschen, die aus Ost- und Westafrikanischen Ländern geflohen sind, und hoffen, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Die EU unterstützt dort unter anderem die libysche Küstenwache, die bisher immer wieder durch Gewalt, Korruption und Menschenhandel auffiel. Menschen, die versuchen, nach Italien zu gelangen, landen oft auf Lampedusa oder werden von zivilen Seenotrettern aus Seenot gerettet und oft erst nach langer Zeit auf See von Malta oder Italien aufgenommen. In letzter Zeit erhöhte sich außerdem die Zahl der Menschen rapide, die über die Kanaren versuchen, nach Europa zu gelangen. Auch die französische Hafenstadt Calais war und ist durch Zeltlager geprägt, die immer wieder zeitweise geräumt wurden, in denen sich Menschen aufhielten, die nach Großbritannien gelangen wollten.

:kjan

REZENSION

Geschichten mal anders

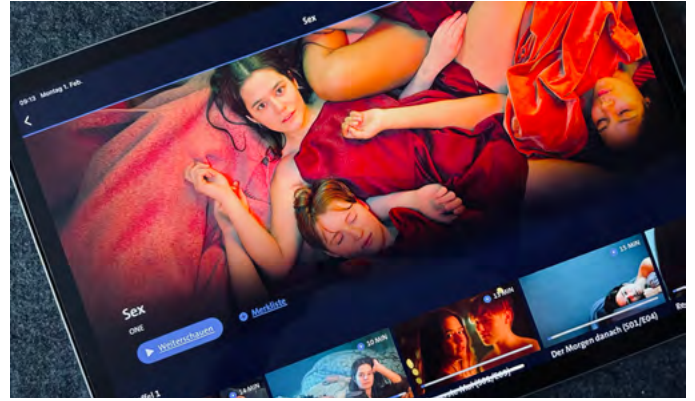
„Sex“, eine Serie, die ihrem Namen nicht gerecht wird. Ein kleines Stück für detailverliebte Menschen, die das Heteronormative satt haben.

Cathrine ist Anfang 20 und in einer Beziehung mit ihrem Freund Simon. Er ist Musiker und sie arbeitet bei einer Jugendberatungsstelle am Telefon. Dort beantwortet sie die Fragen von jungen Menschen rund um Sex, Verhütung, das erste Mal, aber auch Körpergefühl. Die in ihrem Job allwissende Cathrine bräuchte aber selbst einen kleinen Rat für ihr Sexleben, denn zwar liebt sie ihren Freund Simon und es läuft auch ganz gut zwischen den beiden, jedoch herrscht eine Lustlosigkeit zwischen ihm und ihr. Die ständige sexuelle Ablehnung macht was mit Cathrine. Jeder Versuch, mit ihrem Partner intim zu werden, scheitert und führt jedes Mal erneut zu einer schmerzhaften Ablehnung für sie. Aber ist das ein Grund, die Beziehung zu beenden? Simon ist das, was sich eine Partner:in wünscht: Er ist aufmerksam, vertrauenswürdig, besorgt seiner Freundin eine Katerpizze und scheint im Allgemeinen ein Mann zu sein, der zwischen den Zeilen lesen kann. Wenn da nicht die geringe Lust auf den Sex mit Cathrine wäre.

Während Simon denkt, dass bei ihnen alles gut läuft, da ein befreundetes Paar sich gerade getrennt hat, entfernt sich Cathrine immer weiter von ihm. Im selben Zeitraum verbringt sie vermehrt

Zeit mit ihrer Arbeitskollegin Selma. Selma ist eine Frau, die sich wohl in ihrer Haut fühlt und auch mit ihrem Sexleben im Reinen ist. Das merkt auch Cathrine und empfindet ihre Art des Lebens als etwas Positives und Begehrtes. Sie verliebt sich in Selma. Überrascht von ihren Gefühlen kommt es zwischen ihr und Selma zu Sex. Dieser fühlt sich einfach natürlich an und nicht belastend, da die Überzeugungsarbeit rund um das ganze Thema wegfällt. Ein starker Kontrast zu der Intimität zwischen ihr und ihrem Freund, die sie nur noch mit Stress assoziiert.

Die Miniserie aus Dänemark überzeugt mit ihrer klaren Erzählweise aus der Sicht von Cathrine, die in jeder Szene zu sehen sein wird. Sie nimmt uns mit in ihr Leben, das Leben einer Frau in den Zwanzigern, die zwischen den Stühlen steht. Was soll sie tun? Was ist das Richtige in diesem Moment? Ist die Liebe für Simon weg? Kann man zwei Menschen gleichwertig lieben? All das, was man sich unter dem Thema „Sex“ nicht vorgestellt hat. Ganze 75 Minuten ist die erste Staffel lang. In dieser kurzen Zeit tauchen wir in das Leben einer jungen Dänin, die gerne etwas mit Freund:innen unternimmt und auf der Suche ist nach ihrem Sinn des Lebens ist. Doch hier endet nicht alles zwangsläufig im Happy End und das ist gut. Cathrine handelt wie wir – nicht immer richtig und sorgt dafür, dass ihr Weg nicht nur ihr nicht gut tut, sondern auch



Frischer Wind aus Dänemark: „Sex“ ist eine Miniserie, die das Datingleben anders erzählt und das mit Erfolg. Bild: bena

ihren Mitmenschen. Denn auch die Gefühlswelt von Selma und Simon spielen in diesem Konstrukt eine wichtige Rolle.

Die Serie ist jung und schafft Raum für Themen, die ganz normal sein sollten, in unserer Gesellschaft jedoch tabuisiert werden. Der Vorwurf von Simon, dass Cathrine nun auf Frauen stehen würde, wird mit einem „Darum geht's hier nicht“ schnell vernichtet. Denn das ist ihr und uns nicht wichtig! Sie hat sich eben verknallt und dass diese Person eine Frau ist, ist uns nicht wichtig. Es geht um den Menschen im Allgemeinen und genau das macht die Serie so angenehm. Wir begleiten einen Menschen, der eine neue Selbstverständlichkeit des Liebens prägt und helfen kann dies zu stärken. Sex ist eine Miniserie gemacht von Frauen (Autorin Clara Mendes und Næsby Fick) und wir brauchen mehr davon!

:Abena Appiah

STREAMING

WandaVision – Love letter to TV?

Wieder was zum streamen! Dat is wie Kino. Allet Marvel und Disney. Superheld:innen. Klar, cool. Schwarz-Weiß Sitcom. Jaja. Moment?!

Wir berichten zur Zeit viel zu viel vom Streaming. Aber was soll man machen, Ihr kennt ja die Lage da draußen. Wir hocken zuhause und sehnen uns nach Abwechslung. Und die kommt gerade in hohen Dosen vom Bildschirm. Doch keine Angst ... das Pokémon-Jubiläum samt tollen Feierlichkeiten (vermutlich am Bildschirm) kommt ja auch noch. Keine Sorge, wir werden berichten. Habe gehört, Katy Perry macht irgend einen Scheiß. Das wird bescheuert. Electric!

Berichten wir daher lieber einmal von der anderen Maskottchenmaus (die Rede ist von Pikachu und Mickey Mouse, nicht von Katy Perry). Denn in ihrem verrückten Haus wird es bald richtig voll. „Star“, könnte zwar der neue Duft von Katy Perry sein, ist aber in Wirklichkeit das neue Genre beziehungsweise die Streaming-Unterkategorie für Erwachsene bei Disney+. Und sehr kann man sich hier unter anderem über die Sendungen „Atlanta“ (Donald Glover, Hiro Murai) und zum tausendsten Mal, aber trotzdem immer wieder, „Scrubs – Die Anfänger“ freuen. Doch auch über Titel wie „24“, „Grand Budapest Hotel“, „Lost“, „Family Guy“, „Borat“ oder „Deadpool“, werden sich vermutlich viele Streamer:innen beglücken.

Bis dahin wollte uns Disney+ aber schon mal über die Runden bringen. Und nach der bereits zweiten Staffel der ersten Star Wars-Original-Disney+-Serie „The Mandalorian“, lief nun das erste Marvel-Serien-Pendant an.

„WandaVision“ ist der Titel der ersten offiziellen MCU-Serie unter Disney. In den Hauptrollen sind die bekannten Avengers-Held:innen Wanda Maximoff (Elizabeth Olsen) und Vision (Paul Bettany). Sie befinden sich jedoch nicht in einer Mission oder im Kampf um das Schicksal der Welt, sondern im Alltag. In stereotypischen Sitcom-Szenarien, mit teilweise surrealer Comedy (verstärkt durch den ein oder anderen fehlplatzierten Publikums-lacher), hüpfen sie durch das amerikanische Fernsehen der vergangenen Jahrzehnte, von Schwarz-Weiß zu Farbfernseher, 4:3 zu Cinemascope und durch alternative Realitäten. Eine Serie, die vorgibt, etwas zu sein was sie nicht ist?

Bisher sind vier Folgen der Serie erschienen und bis hier hin ist WandaVision eine Mystery-Serie in augenscheinlichem Sitcom-Gewand. Dabei bieten die ersten vier Folgen einen gelungenen Mix aus beiden Genres, und pinseln das nicht einfach nur in Superheld:innen-Serie ein, sondern nutzen die Superkräfte und Skurrilitäten der Protagonist:innen gekonnt aus, um eine originelle Serie zu kreieren. Ohne dabei einfach die klaren Avengers-Fan-Favorit:innen zu wählen. Es wird zu Beginn nicht mal mit Action gepotzt, was den ein oder anderen Marvel-Fan zunächst irritieren oder langweilen könnte, doch subtil macht die Serie immer wieder Spielerein die auf mehr hindeuten. Die Witze sind dabei überspitzt, aber sitzen auch häufig und werden unterstützt durch



Flimmerkasten-Spektakel: Superheld:innen in Retro-Sitcom? Bild: fufu

Schauspieler:innen mit Comedy-Erfahrung wie Debra Jo Rupp (Die wilden Siebziger) und Kathryn Hahn (Parks & Recreation).

Die vierte Folge macht dann klar, was die ersten drei Folgen vermuten ließen. Mit einem deutlichen Stimmungswechsel der schon durch den Episodennamen „We Interrupt This Program“ gekennzeichnet wird, kippt die Serie in einen marveltypischeren Ton. Es ist ziemlich meta, leider etwas zu früh und etwas zu deutlich, macht aber trotzdem Lust auf mehr. Überraschenderweise spielt Marvel/Disney diese Serie nicht wie eine sichere Nummer, sondern macht etwas kreatives und mutiges. Eine Serie für Sitcom- und Fernseh-Liebhaber:innen.

:Christian Feras Kaddoura

KOMMENTAR

Ihr wollt also Opfer sein?

Es ist mal wieder so weit, die weiße Mehrheitsgesellschaft fühlt sich benachteiligt und ich habe kein Mitleid! Gib mir bitte mehr von Deinem „Mimimimi“.



Dear Whyte People, wir müssen reden! Und das zum wievieltsten Mal? Allein in dieser Zeitung habe ich bestimmt genug Kommentare geschrieben, die Euch darauf aufmerksam machen sollten, dass eure Privilegien ein wichtiger Faktor sind in der systematischen Unterdrückung von Schwarzen Menschen (ja, so sagen wir das mit großem „S“). Doch was seit einigen Wochen in der „Wir haben das aber so gelernt“-Bubble abgeht, ist nur noch ein Zeugnis, das auf Arbeitsverweigerung fußt. Ihr – und ja, ich sage IHR – wollt, dass wir kostenlose Bildungsarbeit machen. Euch mitnehmen und am besten Euch unsere traumatischen Geschichten erzählen. Weil ihr euch so gerne daran ergötzt und Euch freut, wenn ihr euch frei von jeder Schuld fühlen könnt. Denn so was „Könnt ihr euch gar nicht vorstellen, dass es so was noch gibt“. Mit „so was“ beschreibt ihr Menschen wie Fatima Keilani. Eine Frau, Volljuristin und der Meinung, dass „Weiß-Sein zum Makel“ wird. Mehr noch: Schwarze Journalist:innen, Künstler:innen, Autor:innen und viele mehr benutzen den Rassismus als Geschäftsmodell. So sagt sie: „Aus der Mission 'Rassismus bekämpfen' haben einige Debatteilnehmer zudem inzwischen ein privates Geschäftsmodell gemacht!“ Sie holt uns ab mit einer Kolumne, die mit weißen Tränen geschrieben wurde. Vorwürfe werden laut, dass unser Tagesgeschäft der Rassismus sei und

dass wir ohne diesen kein Sinn im Leben hätten. Denn wir sind gierig, gierig nach Belegen. Gierig darauf, dass ihr was falsch macht. Als ob wir nichts Besseres zu tun haben. Und Frau Keilani auch nicht, denn sie schrieb noch einen Artikel! Dort wurde aus dem Geschäftsmodell ein: „Ich äußerte die Vermutung, dass die Art, wie antirassistisches Engagement derzeit läuft, nur wenigen nützt.“ Klingt weniger catchy, oder? Aber sie ist keine Rassistin, denn: „Dieser Vorwurf lässt sich aus meinem Text nicht begründen.“

Während die gute Frau sich verteidigte und davon sprach, dass sie neue Worte wie Token, Victim-Blaming und Ally lernte, mischten sich nun die ewig weißen Männer ein, denn Ihr wisst ja! Man(n) muss einfach mal was gesagt haben. Don Alphonso bot uns sogar exklusiven Content, den er als „Ein Anschlag auf die Pressefreiheit“ sah. Natürlich hinter der Paywall. Ihr wisst ja, Rassismus ist ein Geschäftsmodell. Aber hier stellt sich die Frage für wen? Während Jasmina Kuhnke beim Volksverpetzer kostenlos eine Antwort verfasste, gibt es mittlerweile fünf Artikel darüber, wie schlimm weiße Menschen es aufgrund ihrer Privilegien haben und Frau Kuhnke als Staatsfeind Nummer eins sehen. Und als wäre das Ganze nicht schon nervig genug für Menschen, die Rassismus erfahren, hatte der WDR eine ganz tolle Idee gehabt! Laden wir einfach noch mal die eine Sendung von „Die letzte Instanz“ hoch, wo fünf weiße Menschen in Altherrenmanier darüber urteilen, ob etwas diskriminierend ist für andere oder eben nicht.



Wir wollen auch rassistisch beleidigt werden: Das deutsche Feuilleton ist auf den Wunsch nach Diskriminierungsgier gestoßen.

Bild: bena

Weil man nicht mit einem Shitstorm hätte rechnen können. Obwohl, das haben wir ja einkalkuliert, deswegen hatten wir die Entschuldigung auch schon parat: „Wir wussten es nicht besser, sorry, falls Ihr Euch verletzt fühlt. Wir müssen noch lernen!“

Ich muss auch lernen, aber ich bin gewillt, mich zu ändern. Aber ich will auch verstehen. Deswegen dear whyte people: Ist es ok wenn ich Euch sage, dass ihr privilegiert seid? Wie steht ihr zu dem Wort Kartoffel? Lieber gebraten oder gratiniert? Und warum wollt ihr unbedingt Rassismus erleben? Ich mein, klar könnt ihr diskriminiert werden oder xenophobisch behandelt werden aber Rassismus gegen weiße gibt's nicht! Wenn ihr eine genaue Erklärung von einer angehenden Sprachwissenschaftlerin haben wollt, klickt auf diesen Link und ihr kommt zu meiner Paywall. Mit freundlichen Grüßen,

Ein Mensch der Rassismus erfährt.

:Abena Appiah

KOMMENTAR

Mehr als nur Gedenken

Am 27. Januar war der Gedenktag für die Opfer des deutschen Faschismus. Wann kommt der Tag, an dem gehandelt wird?



Auschwitz – der Name steht wie kein anderer für die Verbrechen der Nazis. Er ist zum Synonym für die Sho'ah, die systematische Vernichtung der europäischen Juden, geworden. Über eine Million Menschen fanden hier den Tod. Am 27. Januar 1945 wurde das KZ von der Roten Armee befreit. Das Datum wird seither als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus begangen. Richtig? Falsch. Erst seit 1996 ist er ein gesetzlicher Gedenktag. Natürlich begann eine Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen schon früher. In der DDR, die von ehemaligen KZ-Insassen aufgebaut wurde, bereits 1945. Der dortige Antifaschismus mag „verordnet“ gewesen sein. In der Bundesrepublik, in der Altnazis weiterhin das Sagen hatten, gab es dafür überhaupt keinen. Hier wurde eine Aufarbeitung von den Täter:innenkindern erst zwei Jahrzehnte später erkämpft.

Nun gut, aber heute sind wir ja schlauer. Wirklich? Wer war denn die größte Opfergruppe damals? Mit 23 Millionen waren das die Sowjetbürger:innen, die als „slawische Untermenschen“ vernichtet wurden. Die ersten Opfer nach der Machtübernahme waren zudem die politischen Gegner:innen, vor allem Kommunist:innen. Die waren aber gemeinsam mit der UdSSR auch nach 1945 weiterhin der Feind, deshalb redet man da bis heute nicht gern drüber.

Wer noch? Roma, mit einer halben Million Toten. Ist man sich in Deutschland erfreulicherweise der Verbrechen gegen Jüdinnen und Juden relativ bewusst, ist die Ignoranz gegenüber diesen ebenfalls aus rassistischen Gründen verfolgten Menschen unermesslich. Roma werden heute kaum besser behandelt als in den Jahrhunderten zuvor.

Wie verstellt das Erinnern an die NS-Zeit ist, zeigte sich letztes Jahr, als der Spiegel postete, die US-Army habe Auschwitz befreit. Wie hätte es auch anders sein können? Schließlich begann die Niederlage der Nazis ja auch mit dem D-Day 1944 und nicht mit Stalingrad 1943. Und Berlin wollte – so stellte es eine Doku von Terra X kürzlich dar – nicht in erster Linie die Sowjetunion vernichten und die Öl-Quellen im Kaukasus erobern, sondern nach Palästina. Der ganze Weltkrieg, um die damals wohl weniger als 400.000 Jüdinnen und Juden dort zu ermorden? Seriöse Historiker:innen wissen es natürlich besser. Aber derlei populär, „wissenschaftlicher“ Blödsinn verfängt. Am Ende waren die Faschisten dann keine skrupellosen Machtpolitiker, sondern nur Verrückte, das pure Böse, mit dem man angeblich nichts mehr zu tun hat und das man nicht verstehen kann. Im Übrigen ist es interessant, dass bis heute der Propagandabegriff „Nationalsozialismus“ unhinterfragt von den Nazis übernommen wird. Dabei ist es doch kein Wunder, dass er immer wieder Hobby-Logiker:innen wie Erika Steinbach zu der Erkenntnis verleitet, die Nazis seien doch eigentlich links gewesen. Das war natürlich der Sinn dahinter, genau wie bei dem Namen „Arbeiterpartei“ und den roten Fahnen, auf die man einfach noch das Hakenkreuz klatschte.

Was nun also? Nicht mehr gedenken, sondern frustriert sein über die Art, wie gedacht wird? Sicher nicht. Der



Vor 76 Jahren wurde Auschwitz befreit – nicht von „den Amerikanern“, sondern „den Russen“.

Bild: Lewy

27. Januar sollte Gedenktag bleiben – und der 8. Mai, der in der BRD völlig ignoriert wird, Gedenk- oder vielleicht sogar besser Feiertag werden. Vor allem aber braucht es Konsequenzen! Jedes Jahr Kränze niederlegen macht nichts wieder gut. Von „Wiedergutmachung“ kann ohnehin nicht die Rede sein, solange Zwangsarbeit in den KZs nicht auf die Rente angerechnet wird, die Arbeit als KZ-Aufseher aber schon. Vor allem muss jedoch klar sein: „Nie wieder Auschwitz“, das muss auch heißen: Nie wieder Hanau, nie wieder Halle, nie wieder Solingen, nie wieder Rostock-Lichtenhagen! Es muss heißen: Nie wieder Oury Jalloh und nie wieder Christy Schwundek! Es muss heißen: Nie wieder Lager, nie wieder geschlossene Grenzen für Geflüchtete! Es muss heißen: Nie wieder Krieg mit Russland, nie wieder Krieg überhaupt! Von all dem kann im Jahr 2021 nicht die Rede sein.

:Leon Wystrychowski

PROTEST

Krawalle nach Ausgangssperre

In den Niederlanden kam es in der vergangenen Woche in mehreren Städten zu schweren Ausschreitungen, nachdem eine nächtliche Ausgangssperre im Land verhängt worden war, um die Ausbreitung des Corona-Virus zu stoppen.

Erstmals seit Ende des zweiten Weltkriegs dürfen Einwohner:innen der Niederlande zu bestimmten Zeiten nicht mehr ihr Haus verlassen. Die Ausgangssperre gilt von 21 bis 4.30 Uhr und soll zunächst bis zum 9. Februar in Kraft bleiben. Verstöße werden mit Bußgeldern in Höhe von 95 Euro bestraft.

Unruhen von unzufriedenen Bürger:innen gab es unter anderem in Amsterdam, Den Haag und Rotterdam. Die Polizei ging gewaltsam gegen die protestierenden Bürger:innen vor, nach Polizeiangaben seien mehr als 150 Personen im Rahmen der Unruhen festgenommen worden, Medienberichte sprechen von etwa 250 Festnahmen.

Kurz vor Beginn der Ausgangssperre hatten sich in den betroffenen Städten hunderte Menschen in den Stadtzentren versammelt. Von dort aus seien die Proteste dann eskaliert, so zogen etwa in Rotterdam große Gruppen durch die Stadt, die Geschäfte zerstörten und plünderten. In der Stadt Den Bosch waren nach einem Feuerwerk ebenfalls zahlreiche Menschen durch die Stadt gezogen und hätten geplündert, Feuer gelegt und Autos zerstört.

Während der Proteste soll es auch zu Angriffen auf Polizist:innen gekom-

men sein. Die Beamten sollen mit Steinen beschmissen und Feuerwerkskörpern beschossen worden sein. Die Polizei antwortete den Protestierenden mit Wasserwerfern und Tränengas. In Rotterdam wurde ein Notfallsdektret erlassen, das die Vollmachten der Polizei für Festnahmen erweitert. Zudem forderte die Polizei Bürger:innen auf, Videoaufnahmen von den Ereignissen einzusenden, um die Verfolgung von potentiellen Straftätern zu erleichtern.

In der Stadt Haarlem wurde am Rande der Proteste ein Pressefotograf von Demonstrierenden mit einem Ziegelstein am Kopf verletzt. In Brabant und Den Bosch versuchten Menschen Medienberichten zufolge, in Krankenhäuser einzudringen, was dazu führte, dass Krankenwagen in andere Kliniken ausweichen mussten.

Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte verurteilte das Verhalten der Demonstrierenden. Er sprach dabei von „krimineller Gewalt“, die sich Bahn gebrochen habe. Die Polizei und Bürgermeister:innen der betroffenen Städte gehen davon aus, dass sich verschiedene Gruppen an den gewaltsamen Protesten beteiligten, darunter Corona-Leugner:innen, Fußball-Hooligans aber auch Neo-Nazis.

:Philipp Kubu



Bild: bena

KOMMENTAR

Warum protestiert man für Präsenz?

In Frankreich und Griechenland gehen Studierende auf die Straße, um mehr Präsenzunterricht zu fordern. Woher kommen die Forderungen, die im aktuellen Pandemiegeschehen nicht vertretbar wirken?



Es wirkt zunächst komisch, dass in Frankreich Studierende auf die Straßen gehen, um für eine Wiederkehr des Präsenzstudiums zu protestieren. Zu aktiv ist das Pandemiegeschehen und zu gefährlich wirkt das Bestreben. Doch als Grundlage für die Proteste muss man etwas genau auf die Gründe schauen. Denn es geht den französischen Studierenden unter anderem um eine ungleiche Behandlung.

Denn während die Schulen in Frankreich weiterhin offen bleiben, müssen Studierende mit der Online-Lehre weiterfahren. Ein solcher Kurs hat neben finanziellen Problemen – viele Studierende haben auch in Frankreich ihre Jobs verloren – auch erhebliche psychische Folgen. Das kann schwer geleugnet werden. In den vergangenen Wochen wurden im Nachbarland mehrere Fälle von Suizid-Versuchen unter Studierenden bekannt.

Die Protestierenden beklagen den fehlenden Kontakt. Auch in Deutschland sehen wir ähnliche Dynamiken, wie eine aktuelle Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung be-

legt, in der 86 Prozent der Studierenden angab, dass der fehlende Kontakt zu anderen Studierenden ihre Studiensituation verschlechterte. Doch bisher hat sich hier noch kein nennenswerter Protest zur Öffnung der Unis geäußert. Der Grund dafür zeigt sich, neben einer möglicherweise stärkeren Grundbereitschaft für Proteste in Frankreich, in den Forderungen der Protestierenden. Denn sie leugnen nicht die Pandemie, sondern prangern die ungleiche Behandlung im Bildungsbereich an. Corona zeigt, dass eine einheitliche Regelung für ähnliche Lebensbereiche unerlässlich für den sozialen Zusammenhalt und die Annahme von pandemiebedingten Einschränkungen ist.

Aber auch die derzeitigen Studierendenproteste in Griechenland zeigen, dass die Forderung nach Präsenzunterricht häufig eine Begleiterscheinung eines gesonderten Protestgrundes ist. Denn dort geht es primär um einen Gesetzesentwurf, durch den bis zu 1.000 speziell ausgebildete Polizist:innen, bewaffnet mit Schusswaffen, Schlagstöcken und Tränengas künftig an den Hochschulen patrouillieren sollen. In einem Moment, in dem der gesellschaftliche Zusammenhalt und das Ziehen an einem gemeinsamen Strang wichtig wie fast noch nie ist, wird Studierenden das Leben zusätzlich erschwert. Dass die Bereitschaft, die gesellschaftliche Sicherheit zu

schützen sinkt, wenn das eigene Leben unsicher gemacht wird, ist nicht verwunderlich, auch wenn die konkrete Forderung nach mehr Präsenz im Moment nicht tragbar ist.

:Stefan Moll

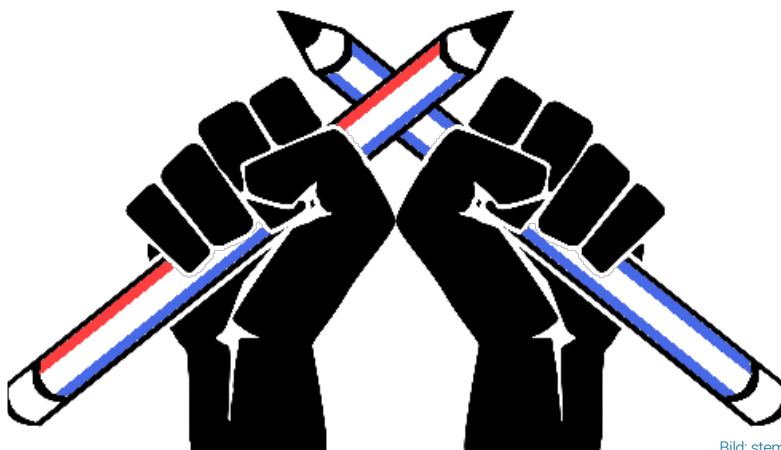


Bild: stern



IMPRESSUM

bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzeitung

Herausgeber: AstA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Ron Agethen, Talha Demirci

Redaktion dieser Ausgabe: Abena Appiah (bena), Christian Feras Kaddoura (fufu), Kendra Smielowski (ken), Jan-Krischan Spohr (kjan), Philipp Kubu (kubu), Leon Wystrychowski (llewy), Stefan Moll (stern),

V. i. S. d. P.: Stefan Moll

Anschrift:

bsz
c/o AstA der Ruhr-Universität Bochum
SH Raum 081
Universitätsstr. 150
44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900
E-Mail: redaktion@bszonline.de

Im Netz: www.bszonline.de,
facebook.com/bszbochum
twitter.com/bszbochum
instagram.com/bszbochum

Bildnachweise: S.1 Zeitvirus: bena S.2 Protestplakat: bena S.3 Homeschooling: bena, Laptop: CC0; **Kalender:** CC0 S.4 rund: stern

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wider, sondern sind in erster Linie Werke ihrer Verfasser*innen.



BILDUNG

NRW will Lehramtsfach Sozialwissenschaft abschaffen

Nachdem der Wechsel an einigen weiterführenden Schulen bereits stattfand, soll nun auch das Lehramtsfach für das Fach Wirtschaft/Politik weichen. Verlieren SoWi-Lehrer:innen nun ihre Fakultät? Und wie sieht es mit aktuell studierenden SoWi-Lehrämter:innen aus?

Auf die Landesregierung NRW prasselt derzeit Kritik von einer Vielzahl an Bildungsverbänden, Parteien und Gewerkschaften ein. Mit einem Entwurf zur Änderung der Lehramtszugangsverordnung will die schwarz-gelbe Landesregierung den letzten Schritt zur Etablierung des Schulfachs Wirtschaft/Politik an den Schulen NRWs leisten, indem an den Hochschulen NRW das korrespondierende Lehramtsfach Wirtschaft/Politik eingeführt – und damit Sozialwissenschaft an den Unis gestrichen werden soll. Bereits seit Anfang des laufenden Schuljahres wird an den nordrhein-westfälischen Schulen Wirtschaft/Politik gelehrt. Es ersetzt das vorherige Schulfach Sozialwissenschaft, welches eine Kombination aus Politik, Ökonomie und Soziologie darstellt. Der

neue Lehrplan setzt dabei einen stärkeren Fokus auf Themen wie Gründung, Kenntnisse der Wirtschaftsordnung und Verbraucher:innenbildung.

Mit der Streichung des Lehramtsfachs Sozialwissenschaft zugunsten des Fachs Wirtschaft/Politik sollen Schul- und Studienfach nun in Einklang gebracht werden. Insgesamt sollen die wirtschaftlichen Kompetenzen der Lehrer:innen verbessert werden. Diese seien in vielen Fällen nicht ausreichend, so war die Begründung für die Umgestaltung des Fachs.

Verbände kritisieren jedoch, dass durch die Neuauslegung die Vermittlung von wichtigen interdisziplinären Zusammenhängen zugunsten einer Verwirtschaftlichung der Bildung verloren geht. So erklärten die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW NRW) und der Landesvorstand der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB NW) in einer gemeinsamen Mitteilung: „Die Fähigkeit, sich interdisziplinär mit gesellschaftlichen Herausforderungen und Problemen auseinanderzusetzen, sie deuten und Maßnahmen ergreifen zu können, ist die zentrale Leitidee der sozialwissenschaftlichen Bildung. Kinder müssen lernen, sich in komplexen gesellschaftlichen Situationen zu orientieren und entsprechend handeln zu können.“ Deshalb solle die Landesregierung das Studienfach Sozialwissenschaft erhalten. Auch Studierendenvertretungen wie das Landes-ASten-Treffen NRW (LAT NRW), die Landes-Lehramts-Fach-

schaftenkonferenz NRW (LaLeFa NRW) und der „freie Zusammenschluss von student*innenschaften“ (fzs) setzen sich gegen die Pläne ein. SPD, Grüne und Linke sprachen sich ebenfalls gegen die Pläne aus. Auch eine Petition auf change.org, die von einer SoWi-Studentin erstellt wurde, hat Stand Montag, 1. Februar bereits mehr als 35.000 Unterschriften gesammelt.

Neben der Kritik am Fach selbst, stellt auch die Frage nach der Zukunft von derzeitigen Lehrer:innen und Studierenden der Sozialwissenschaften ein Problem dar. Denn bevor Lehramtsstudierende des neuen Fachs Wirtschaft/Politik in die Schulen eintreten, wird noch eine Menge Zeit verstreichen. Erst 2028 werden die neu ausgebildeten Lehrer:innen ihr Referendariat beenden. In der Zwischenzeit haben laut Schulministerium alle bereits ausgebildeten SoWi-Lehrer:innen mit „entsprechenden Lehrbefähigung“ die Voraussetzungen, das neue Schulfach zu unterrichten. Auch SoWi-Studierende, die derzeit im Studium sind, sollen weiterhin ihre gültige Lehramtsbefähigung erhalten – ob diese jedoch auch für das Fach Wirtschaft/Politik oder nur das tote Fach Sozialwissenschaft gelten, ist nicht klar. Denn noch im Sommer hieß es von NRW-Staatssekretär Mathias Richter (FDP), dass SoWi-Lehrer:innen künftig keine automatische Lehrbefähigung für das Fach Wirtschaft/Politik hätten. „Sie dürfen und können aber natürlich vertretungsweise unterrichten,“ erklärte Richter in einem WirtschaftsWoche-Interview.

KOMMENTAR

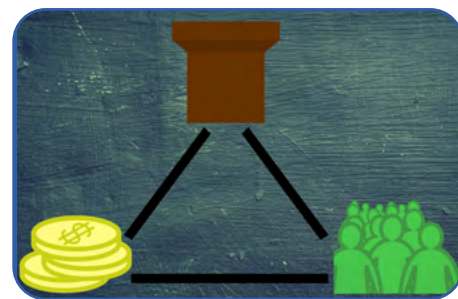
Alles für die Wirtschaft

Das Studienfach Sozialwissenschaften hat schlechte Zukunftsaussichten in NRW, so will es die schwarz-gelbe Landesregierung. Das sorgt für Unmut, und zurecht.

Nicht nur kurzfristig und pandemiebedingt zeigt sich der fehlende Respekt der Landesregierung NRW vor Schüler:innen, Lehrer:innen und Schulen derzeit sehr offenkundig – das lange Festhalten an Präsenzunterricht trotz rapide steigender Infektionszahlen, ausbleibende Unterstützung beim Schutz von Schüler:innen und Lehrer:innen und die Ausgabe neuer Informationen, die gern über ein Wochenende oder auch eine Nacht vom bereits überstrapazierten Lehrpersonal umgesetzt werden sollen gehören wohl zu den Kernkompetenzen der NRW-Bildungsministerin Yvonne Gebauer (FDP). Fairerweise arbeitet sie auch nur mit dem, was ihr von den Entscheidungsträger:innen gegeben wird, und der bisherige Umgang der Regierung mit Schulen während der Pandemie lässt Schlimmstes befürchten, wenn digitaler Unterricht wirklich umgesetzt werden sollte. Eine nun geplante, langfristige Änderung jedoch hat ein anderes Kaliber: Eines der Prestigeprojekte der schwarz-gelben Landesregierung NRW ist das Schulfach Wirtschaft, welches seit Beginn des Schuljahres ein Pflicht-

fach an weiterführenden Schulen im Land ist. Während ökonomische Bildung zwar wichtig ist und den Umgang mit Geld zu lehren ein grundlegend gutes Ziel ist, war von vornherein klar, dass dies nicht passieren wird, ohne, dass woanders Abstriche gemacht werden.

Wo genau ist jetzt klar – das Fach Sozialwissenschaften soll im Lehramt abgeschafft werden und durch „Wirtschaft/Politik“ ersetzt werden. Statt zu versuchen, einen möglichst breit aufgestellten Blick auf die Gesellschaft zu bieten, den Schüler:innen ein Verständnis für soziale Strukturen und Phänomene zu geben und politische Bildung als wichtigen Teil der Schulbildung zu erhalten, soll die neoliberale Ideologie einen noch zentraleren Platz in den Schulen einnehmen. Statt zu lernen, welche Auswirkungen auf Menschen das Handeln von Unternehmen wie Nestlé oder BP, das Spekulieren mit Lebensmitteln und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen haben können, kann man natürlich auch einfach lernen, wie man sich Aktien dieser Unternehmen kaufen kann, damit Profit macht und schon mal fürs Alter vorsorgt – wer weiß wie lang es noch bis zur komplett privatisierten Altersvorsorge dauert? Dass dieses System nur funktioniert, wenn es Verlierer:innen gibt, wie auch ein Niedriglohnsektor und Sweatshops in wirtschaftlich schwächeren Ländern zu den Grundpfeilern eines funktionierenden Kapitalismus gehören, kann man dabei getrost bei Seite lassen. Wirtschaftsverbände, CDU und FDP sind natürlich vollends überzeugt von diesen Ideen, denn wie verankert man am besten ein soziales und



ökonomisches System als die einzig wahre, alternative und gottgegebene, dem menschlichen Naturzustand entsprechende Gesellschaftsordnung in den Köpfen junger Menschen, als durch durch möglichst frühe? „Wirtschaftsbürgerinnen und -bürger“, wie es in Lehrplänen anderer Bundesländer steht, in denen Wirtschaft bereits länger an Schulen unterrichtet wird, sollen aus ihnen werden. Zumindest hat das Schulministerium nun mitgeteilt, dass Lehrer:innen die Sozialwissenschaften studiert haben, keine weitere Qualifizierung benötigen, um das Fach Wirtschaft zu unterrichten. Was die in diesem Kontext genannte „entsprechende Lehrbefähigung“ jedoch genau bedeutet, ist nicht klar. Die Kommunikation des Ministeriums, und dadurch entstandene Missverständnisse und Unklarheiten, kritisierte beispielsweise die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Die Erklärung des Ministeriums ist somit höchstens ein schmaler Lichtblick am schwarz-gelben Horizont des Neoliberalismus.

:Jan-Krischan Spohr